

Schlüsselbund



DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt
Stadtverband Velbert

Ausgabe 03/2018



Der Aufrüstungsvertrag, die Koalitionsvereinbarungen

Ein Gastkommentar, *Junge Welt*
Februar 2018

von *Sevim Dagdelen*, Mitglied der
Bundestagsfraktion Die LINKE.

[...] Bei den Diskussionen und dem Postengeschacher in der SPD wurde die Haltbarkeit von Versprechen führender Sozialdemokraten zur Schau gestellt. Gleiches gilt auch für die gesamte Außen- und Sicherheitspolitik. Man erinnert sich, wie heftig sowohl Schulz als auch Gabriel im Wahlkampf dagegen eintraten, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Zu Recht wiesen sie darauf hin, dass dies eine Verdoppelung des deutschen Militärhaushalts von derzeit 37 auf rund 75 Milliarden Euro im Jahr 2024 bedeuten würde. Der Kampf der SPD gegen das Zwei-Prozent-Ziel mutete aber schon damals wenig glaubwürdig an – stellte sie doch mit Frank-Walter Steinmeier selbst den deutschen Außenminister, der die Aufrüstungsverpflichtung bei der NATO mitgezeichnet hatte. Dazu bekennen sich



Union und SPD im nun vorliegenden Koalitionsvertrag ohne Wenn und Aber.

Alle Wahlkampfversprechen der SPD für Frieden und Abrüstung erweisen sich als dreiste Lügen. Wie gewohnt wird das Unangenehme schonend verpackt: Lapidar heißt es im Text, man wolle dem „Zielkorridor der Vereinbarungen der NATO folgen“. Union und SPD zeichnen damit für das größte Aufrüstungsprogramm seit Ende des Zweiten Weltkriegs verantwortlich. Schmachhaft gemacht werden soll dies, indem man sich zugleich verpflichtet, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit entsprechend zu erhöhen. Nach Jahren der schleichen-

ne Kompensation überwiegend für zivile Zwecke ausgegeben wird.

Die entscheidende Frage ist, was die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Verdoppelung der Rüstungsausgaben bezweckt. Auch darauf gibt der Koalitionsvertrag eine klare Antwort. Der neue Feind Deutschlands soll Russland sein. Und Moskau will man eben nicht nur durch neue NATO-Hauptquartiere in Deutschland und die Stationierung deutscher Truppen an Russlands Grenze drangsalieren. Investiert wird in eine globale Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr, um Russland auch international auf den Schlachtfeldern herausfordern zu können. Die aktuelle Eskalation in Syrien jedenfalls zeichnet genau dieses Bild.

Der Koalitionsvertrag ist ein moralischer und politischer Offenbarungseid von Union und SPD. Dieser gigantische Aufrüstungsvertrag entlarvt jedes Gerede von sozialer Gerechtigkeit. Jeder Euro für die Rüstung ist ein Euro weniger für Soziales. Wer für Frieden und Sozialstaat eintritt, konnte eigentlich nur mit Nein stimmen.

Der Jemen hungert – die Welt schickt Waffen

Katastrophe ohne Beispiel

- 20,7 Millionen Menschen brauchen humanitäre Hilfe
- 7 Millionen hungern
- 2 Millionen sind auf der Flucht
- 600 000 Menschen sind seit April an Cholera erkrankt

Das braucht der Jemen

- 114,6 Millionen Dollar Entwicklungshilfe
- davon sind, laut UNHCR, bislang erst 58,8 Millionen Dollar eingegangen

Deutschlands Beitrag

- Genehmigung für Waffenexporte in Höhe von 99 Millionen Euro an Saudi-Arabien, das im Jemen Krieg führt (von Januar bis Juni 2017)



Industrie 4.0: Zukunft der Arbeit?

Seit bald einem Jahrzehnt wird die vierte Industrielle Revolution ausgerufen: Stichwort „Industrie 4.0“.

Nach der Einführung der Dampfmaschinenteknik um 1830, der Einführung der Fließbandarbeit um 1920 und der Einführung von Robotern in der Produktion um 1970 soll nun die Digitalisierung eine vierte Stufe der Revolutionierung der Industrie erklimmen. Dazu zählt die weitere Vernetzung von automatisierter Produktion mit einer digital gesteuerten Logistik, Organisation und Verwaltung, die mithilfe der Informations- und Kommunikationstechnologien selbstgesteuert arbeitet.

Die technischen Voraussetzungen sind bereits weitgehend vorhanden. Nun geht es um den gezielten Einsatz der Informations-Technologien zur Produktivitätssteigerung und Effektivierung in allen Bereichen der Wirtschaft. Die ehemalige Bundesregierung hat ein Programm zur Förderung von Industrie 4.0 vorgelegt, das Bundesforschungsministerium hat bereits 470 Millionen an Fördermitteln bereitgestellt und das Wirtschaftsministerium weitere 80 Millionen.

Es geht also um Viel, und umkehren lässt sich dieser Prozess nicht. Was machbar ist, das wird auch irgendwann gemacht. Deshalb häufen sich Tagungen und Konferenzen zu diesem Thema. Die Wirtschaft will sich das notwendige wissenschaftliche Know-how sichern und die Gewerkschaften ringen um Einfluss auf die Gestaltung dieses Prozesses. Letztere fordern höhere Qualifikation, mehr Autonomie und Eigenverantwortung der ArbeitnehmerInnen im Produktionsprozess und sehen darin auch einen Einstieg in eine Demokratisierung der Arbeit. Dies könnten durchaus wünschenswerte Begleiterscheinungen der vierten industriellen Revolution sein. Es stellt sich allerdings die Frage, wie realistisch sie sind.

Industrie 4.0 – das Reich der Freiheit und Demokratie?

Eher nicht. Zumindest dann nicht, wenn es die Politik weiterhin unterlässt, den Wirtschaftsprozess im Sinne der Bevölkerung demokratisch zu gestalten. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn sich unter dem Stichwort Industrie 4.0 demokratischere und humanere Arbeitsprozesse entwickeln sollten. Das setzt

aber voraus, dass die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen setzt:

■ Notwendig wäre erstens eine Erweiterung der demokratischen Rechte der Beschäftigten. Eigenverantwortung und Autonomie setzen entsprechende Mitbestimmungsrechte voraus – alles andere ist Augenwischerei.

■ Notwendig wäre zweitens eine Neugestaltung der Arbeitszeit. Der Prozess der zunehmenden Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Technik schreitet unaufhaltsam weiter voran. Dies lässt sich nur durch eine entsprechende Verteilung der noch vorhandenen Arbeit regulieren: Durch eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Entgeltsicherung.

■ Notwendig wäre drittens also vor allem eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Industrie 4.0 ist in der jetzigen Form nichts anderes als eine Produktivitätsmaschinerie zur Gewinnmaximierung. Die Lücke zwischen privatem Reichtum einiger Weniger und gesellschaftlicher Armut klapft immer weiter und dramatischer auseinander. Um diesen skandalösen Zustand zu beenden, bedarf es keiner Revolution, weder einer industriellen noch einer politischen. Es würde völlig ausreichen, durch eine gerechte Steuergesetzgebung diese zentrale gesellschaftliche Frage endlich zu lösen.

Linksjugend [‘solid] Velbert kehrt nach langer Pause zurück



Nach dramatischen Wahlen und Umwälzungen im Jahr 2017 begrüßt DIE LINKE. Velbert die Neugründung der Jugendorganisation [‘solid]-Velbert.

Von den Parteien, die aktuell im Bundestag vertreten sind, erwies sich die Linkspartei immer als starke politische Vertreterin der Jugend in Deutschland. Und gerade im vergangenen Jahr waren 2/3 aller neu eingetretenen Partei-Mitglieder zwischen 14 und 35 Jahren alt. Mit 23 % Mitgliedern unter 35 Jahren hat die LINKE laut ZDF unter allen Parteien den größten Jugendanteil. Die LINKE kann also mit Stolz behaupten, dass sie sich immer mehr zu der Partei entwickelt, in der die heutige Jugend ihre politische Heimat findet. Der Schlüsselbund wird in der nächsten Ausgabe [‘solid]-Velbert und deren Arbeit näher vorstellen.

Ihr wollt mitmachen oder habt Fragen? Meldet Euch unter: info@solidvelbert.de

Neue Gesamtschule: Langjährige Forderung der LINKEN findet Zustimmung!

Seit Jahren tritt Die LINKE.Velbert sich für die zweite Gesamtschule ein und hat konsequent dieses Projekt vorangebracht.

Nachdem nunmehr auch die SPD sich klar für eine zweite Gesamtschule ausspricht, hat diese Idee aufgrund der „Gesamtschulkoalition“ von LINKEN, Grünen, FDP, UVB



und SPD tatsächlich eine Mehrheit im Schulausschuss und Rat bekommen. Anfang bis Mitte März läuft die endgültige Elternbefragung: Jetzt haben die Eltern der Schüler in den dritten Klassen die Entscheidungsmacht. Wenn die Eltern von mindestens 100 Kindern sich für eine neue Gesamtschule aussprechen,

muss diesem Wunsch entsprechend die Neugründung eingeleitet werden. Auch in diesem Jahr werden wieder fast 100 Kinder keinen Gesamtschulplatz in Velbert bekommen weil Sie abgewiesen wurden.

Die CDU ist weiter gegen eine zweite Gesamtschule.

Das muss sich ändern, denn dem Elternwunsch muss endlich Rechnung getragen

werden damit auch mehr Arbeiterkinder Abitur machen können. Es kann nicht sein dass sich die Eltern außerhalb von Velbert eine geeignete Schulform für ihre Kinder suchen müssen.

Unsere Forderung bleibt: Eine zweite Gesamtschule in Velbert-Neviges Jetzt!



Alle Termine findet Ihr unter folgendem Link: www.ostermarsch-ruhr.de



Rentner in Not: Die neue Altersarmut

In Velbert, wie überall, gibt es viele Rentner, die zum Grundsicherungsamt müssen, weil am Ende der Rente noch so viel Monat übrig ist. Laut der Gewerkschaft „Nahrung-Genuss-Gaststätten“ erhalten im Kreis Mettmann über 3700 Menschen über 65, ergänzend zu ihrer kleinen Rente eine Grundsicherung. Prozentual gerechnet, wären es somit in Velbert mindestens 650 Menschen, die in Altersarmut leben.

Laut DGB erhielten Frauen vor 5 Jahren durchschnittlich nur etwa 575€ Rente. Heute würden es ca. 650€ sein. Die offizielle Armutsgrenze aber liegt bei ca. 990€! Dazu kommt aber die verdeckte Armut: Viele ältere Menschen scheuen den Gang zu Ämtern und versuchen ohne die ihnen zustehenden Mittel auszukommen. Sie sind somit von der Statistik gar nicht erfasst. Oft versuchen diese sich

mit Flaschensammeln, Zeitungaustragen usw. über Wasser zu halten.

Weitaus mehr Rentnerinnen und Rentner liegen zudem mit ihrer Rente nur knapp über dem Satz, der ihnen laut Grundsicherungsgesetz zusteht. Besonders gemein dabei ist: Diese müssen z. B. die GEZ-Gebühren voll zahlen.

Die Linke findet, Altersarmut ist ein Skandal! Und gerade Frauen haben oft jahre-

lang nicht gearbeitet, da sie Kinder großgezogen und Verwandte gepflegt haben.

DIE LINKE fordert

die garantierte Mindestrente in Höhe von 1050€ – nicht nur für Menschen, die 35 Jahre versicherungspflichtig gearbeitet haben.

DIE LINKE fordert die Erhöhung des Rentensatzes von jetzt 48 auf 53 %.

DIE LINKE.
sagt





Frauentag am 8. März

Die LINKE überschreibt ihren diesjährigen Flyer zum Frauentag mit: „365 Frauentage im Jahr!“ völlig zurecht, denn was wären Frauenpolitische Forderungen wert, wenn sie nur an einem Tag im Jahr gestellt oder ernstgenommen würden?

Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung! Und bei allem, was in den letzten Jahrzehnten für Frauen erreicht wurde, gibt es immer noch viele Missstände und Ungerechtigkeiten auch hier bei uns.

Um nur ein paar zu nennen:

Frauen leisten immer noch sehr viel mehr unbezahlte Sorge- und Pflegearbeiten als Männer. Als da unter anderem wären: Kindererziehung, Haushalt, (Pflege der Eltern) Frauen verdienen immer noch in vielen Berufen ca. 20% weniger als Männer.

Frauen sind immer noch viel öfter als Männer Opfer von Gewalt und Sexismus. Immer noch arbeiten mehr Frauen als Männer in pflegenden und Erziehungsberufen – und diese wertvolle Arbeit wird viel zu schlecht bezahlt!

Frauen, die alleinerziehend sind (und die meisten Alleinerziehenden sind Frauen) haben ein sehr viel größeres Armutsrisiko. Auch gibt es immer noch zu wenig Kitaplätze und verlässliche Grundschulzeiten.

Die LINKE fordert deshalb: Gerechte Verteilung von Sorgearbeit! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Maßnahmen gegen Gewalt

und Sexismus! Mehr Lohn in Pflege- und Erziehungsberufen! Mehr Kitaplätze und verlässliche Grundschulbetreuung!

Auch sehen wir die Lösung nicht in der Verschärfung von staatlichen und juristischen Maßnahmen gegen geflüchtete Menschen – zum angeblichen Schutz vor sexueller Gewalt gegen Frauen. Die LINKE kritisiert, dass der öffentliche Raum

für Frauen zur Bedrohung erklärt wird, damit Polizei und Staat mehr Macht erhalten um beschützen zu können. Frauen werden somit in eine Opferrolle gedrängt, die sie hilfloser werden lässt.

Text: Ingrid Schween

365 ♀

Jeder Tag ein Frauentag: Gleichberechtigung endlich umsetzen!

DIE LINKE.











Ratsentscheid statt Losentscheid!

Die Marktvergabe ist keine Kirmesbude

Nachdem die Verwaltung mitgeteilt hatte, dass sie dieses Jahr die Vergabe der Wochenmärkte per Los entscheiden will, gab es heftige Diskussionen darüber. Insbesondere im BZA Nevißes wurde kritisiert, dass anders als in den Jahren zuvor die Politik bei dieser Entscheidung völlig außen vorgelassen werden sollte. Nachforschungen der LINKEN ergaben, dass die Behauptung der Verwaltung, dass die Politik nicht beteiligt werden dürfe, nicht stimmt. Die Marktvergabe wäre ein „laufendes Geschäft der Verwaltung“. Das Gegenteil ist der Fall: Der Rat kann sich jederzeit die Entscheidungsgewalt darüber zurückholen. Die Fraktion Die Linke hat im Bezirksausschuss auf den § 41 Abs. 3 der Gemeindeordnung aufmerksam gemacht. In dem steht, dass der Rat das Recht besitzt, sich solche Angelegenheiten zurückzuholen. Die Politik kann sehr wohl Einfluss bei der Entscheidung, betreffend der Marktbetreiber, ausüben. Text: Ingrid Schween

Fakten & Zahlen

-  Frauen verdienen in Deutschland immer noch ca. 20% weniger als Männer. Damit gehört Deutschland zu den Schlusslichtern in Europa.
-  Frauen arbeiten sehr viel häufiger in sozialen Berufen, in denen sie schlecht verdienen: Mehr als 50 % der Frauen verdienen höchstens 1500€ netto, mehr als 25 % verdient nur zwischen 500 und 1000€.
-  96 % Berufsrückkehrer, die ihr Arbeitsleben für Sorgearbeit unterbrochen, sind Frauen. Oft landen sie in prekären Arbeitsverhältnissen oder der Teilzeitfalle.
-  Nur 27 % der Frauen mit Kindern unter 6 Jahren arbeiten in Vollzeit
-  Im deutschen Bundestag sitzen so wenig Frauen wie seit 20 Jahren nicht mehr, nur 219 von 709 Abgeordneten sind Frauen.
-  Frauen erhalten ca. 60% weniger Rente als Männer.
-  Alleinerziehende Frauen sind 10-mal häufiger arbeitslos als alleinerziehende Männer.
-  ca. 60 % aller Mini-Jobs werden von Frauen ausgeübt.

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Ingrid Schween und Harry Gohr

Adresse:

Offerstr. 14a, 42551 Velbert

Telefon: 0 20 51 93 28 10

E-Mail: mail@dielinke-velbert.de

Web: www.dielinke-velbert.de

Öffnungszeiten des Büros:

Montags von 17.00 bis 18.00 Uhr;

Donnerstags von 15.30 bis 17.00 Uhr

Donnerstags ist zudem eine fachkundige

Hartz IV- und Sozialberatung vor Ort!

Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.